



Wahljahr 2013

# Politik zum Wohle weniger

Marco Meng

**M**oderne Märchen beginnen nicht „*Es war einmal...*“, sondern: „*Wenn Sie uns wählen...*“ Am Tag nach der Wahl ist dann stets auf Neue Heulen und Zähneklappern angesagt. Wie die Wahlbeteiligungen der letzten Jahre zeigen, machen sich viele Steuernummern - pardon: Bürger - schon gar nicht mehr die Mühe, bei einer Partei ein Kreuz zu machen, zu müde ist man des sich immer wiederholenden gleichen Geschwätzes. Die „repräsentative“ Demokratie entwickelt sich eben immer mehr zu einem Schmierentheater der Parteien, deren Programme nichts anderes als Erfüllungspolitik zum Wohle einiger weniger sind. In den fünf Minuten in der Wahlkabine gibt man als Souverän seine Stimme ab und hat dann wieder vier Jahre lang nichts mehr zu sagen. Die Murkspolitik, die Deutschland beherrscht und mit der derzeitigen Regierung ihren vorläufigen Höhepunkt erreicht hat, richtet allenthalben ein Dilemma an, von dem nur einige wenige profitieren.

#### Für dumm verkauft

Über jedes Problem - ob Arbeitslosigkeit, Renten, das Gesundheitswesen oder Umweltschutz - wird der Bürger für dumm verkauft. Beispiel Gesundheitswesen: Natürlich steigen die Beiträge für die Krankenversicherung ständig an, obwohl vorher vom Minister etwas anderes ausposaunt worden war. Und selbstverständlich kosten die Medikamente deutscher Pharmakonzerne im Herstellerland Deutschland nicht weniger, sondern mehr als im Ausland - zuweilen sogar das Doppelte.

Beispiel Arbeitslosigkeit. Da lässt man sich feiern, dass die Arbeitslosenzahlen lange nicht mehr so niedrig waren wie jetzt, und präsentiert zum „Beweis“ billigste Zahlenmanipulation: zusätzlich vergisst man zu erwähnen, dass jeder fünfte Arbeitnehmer mittlerweile im „Niedriglohnssektor“ arbeitet und seinen „Lohn“ mit Hartz-IV-Geld aufstocken muss, um leben zu können.

Beispiel Steuerverschwendungen: in Stuttgart baut man einen Welttraum-, äh, nein, einen ganz normalen Bahnhof für die wahnwitzige Summe von mehr als 7 Milliarden Euro - während man kurz zuvor den Bürgern Leistungen kürzte, weil man den Gürtel enger schnallen müsse. Von dem

Desaster um den Berliner Großflughafen ganz zu schweigen. Gleichzeitig steigt man aus dem beschlossenen Atomausstieg vorübergehend wieder aus und schenkt damit den Konzernen Milliarden; um die Wirtschaft anzukurbeln und die Finanzkrise zu überwinden, hat man zuvor die Steuern für Hotelübernachtungen gesenkt und im Gegenzug dafür natürlich saftige Parteispenden erhalten.

**W**as vor allem aber erschreckt, ist die Brutalität, mit der die Politik ihre Beschlüsse durchsetzt: Da werden in Stuttgart bei einer genehmigten Demonstration, (= Grundbestandteil einer Demokratie) die Protestierenden von der Polizei niedergeknüppelt und mit Wasserwerfern „außer Gefecht gesetzt“ als wären die Bürger, die ihr Demonstrationsrecht ausüben, Kriminelle. Ähnlich beim Castor-Transport: nur wenige der Demonstranten gegen den gefährlichen und teuren Atom Mülltourismus waren „Linke“ - die meisten waren normale Bürger, die schlicht und einfach das Atomroulette ablehnen, darunter ortsansässige Landwirte, die eben keinen strahlendes Gift vor der Haustür haben wollen, selbst Adelsfamilien, die gegen ein Endlager und die damit drohende Enteignung ihrer Ländereien protestierten.

#### Auf Kosten des Steuerzahlers...

Wenn Politiker vor den Fernsehkameras so schön „bürgernah“ den Banken vorwerfen, sie verzoekten das Geld der Anleger, so tun sie mit dem Geld der Steuerzahler vielfach nichts anderes. Mehr noch - man rettet griechische Staatsanleihen und die bei der HRE angelegten Papiere der Deutschen

Bank auf Kosten des Steuerzahlers - und stellt dann Herrn Ackermann das Bundeskanzleramt zum Feiern seines 60. Geburtstages zur Verfügung - natürlich alles auf Kosten des Steuerzahlers. Mal Hand aufs Herz: Warum meinen viele Politiker, sie seien Beauftragte von Unternehmen, und Nationen seien nichts anderes als Verwaltungseinheiten für die Wirtschaft? Längst ist man der sinnlosen Politiker-Phraseologie von „Wirtschaftswachstum“ und Ähnlichem müde, von all den unsinnigen Statistiken, die mit der Realität nichts zu tun haben.



Unter Bundeskanzlerin Angela Merkel wie auch unter ihrem Vorgänger Gerhard Schröder entfernte sich die Politik mehr und mehr von den Interessen der Bevölkerung.

## Was vor allem erschreckt, ist die Brutalität, mit der die Politik ihre Beschlüsse durchsetzt.

**D**iese Politik an den Bürgern vorbei und über deren Köpfe hinweg heißt im Klartext: Einige wenige verdienen sich eine goldene Nase, und die Allgemeinheit darf bezahlen. Ähnlich wie der Unternehmer Wolfgang Grupp immer wieder fordert, die Haftungsregelungen für Manager zu erhöhen, müssen auch Politiker zur Verantwortung gezogen werden, wenn sie es umgekehrt wie Börsenspekulanten tun - nämlich aus Geld Sch... machen. Doch nach wie vor ist es so: Wenn Amtsträger Millionen von Steuergeldern jährlich in den Sand setzen, gibt es dazu höchstens einen Bericht vom Bundesrechnungshof, sonst hat es aber keinerlei Konsequenzen, denn

schließlich ist ja nur Steuerhinterziehung, nicht aber Steuerverschwendung strafbar.

**Neoliberalismus und Sozialabbau**

Das „Ungetüm“ Staat (d.h. eigentlich das Gemeinwohl) wird nur noch von Partei-Karrieristen verwaltet, während die Bevölkerung sich abwendet nach dem Motto „Das geht uns nichts an“. Die wirtschaftsliberale Politik, die seit Jahrzehnten betrieben wird, erfahren viele Menschen als „Sozialabbau“. Tatsächlich scheint die Wirtschaftspolitik – das wurde wieder mit der Finanzmarktkrise deutlich – entweder nur aus „Perlen vor die Säue“ oder aus stets verspätetem Reagieren zu bestehen. Nicht nur die Wirtschaftspolitik hierzulande, sondern die Politik insgesamt zeichnet sich durch Anbiederung, ja absolute Unterordnung unter die Interessen von einigen Konzernlenkern aus und lässt sich von ihnen sogar die Gesetze diktieren. Umgekehrt finden sich Spitzenbeamte, die früher für Kreditgesetze zuständig waren, heute in höchsten Ämtern bei Banken. Abgeordnete, die früher Wirtschaftsgesetze erließen, bekleiden jetzt gutdotierte Posten in Vorstandsetagen mächtiger Energiekonzerne.

Hätte man nach dem GAU in Tschernobyl konsequent auf erneuerbare Energiequellen

gesetzt, wäre die Welt heute eine andere und bessere. Statt dessen hörte man jahrzehntelang nur leeres Gerede, während die Energiekonzerne ihre Monopolstellung ausbauen und zig Milliarden Gewinne einstreichen durften. Warum war all die Jahre der niedrige Preis des Atomstroms möglich? Weil die Kernenergie in der Vergangenheit hochgradig subventioniert wurde – allein in Deutschland mit mehr als 100 Milliarden Euro! Dabei ist das Potenzial der Atomkraft, den Klimawandel zu bremsen, selbst laut einem Bericht der Internationalen Energieagentur (IEA) sehr gering: Die Kernenergie könne gerade einmal sechs Prozent der nötigen Einsparungen beitragen, um die Treibhausgas-Emissionen bis zum Jahr 2050 um 50 Prozent zu reduzieren, heißt es da. Vor allem aber – und das sieht man ja alle paar Jahre wieder – sind die Probleme bei der Entsorgung der hoch radioaktiven Brennelemente voll gigantischer Kosten und nicht einmal ansatzweise gelöst. (Bei Halbwertszeiten von beispielsweise 24000 Jahren wie bei <sup>239</sup>Pu ist das auch gar nicht verwunderlich) – komisch aber, dass in punkto Endlager mancher Politiker plötzlich 100.000 Jahre im voraus planen kann, während sie sonst doch nur höchstens vier Jahre weit denken können, nämlich bis zum nächsten Wahltermin.

Während überall in Europa die Ju-

gendarbeitslosigkeit steigt, fordert auch die EU-Kommission eine Erhöhung des Renteneintrittsalters: sie sagt: ab 70. Die Menschen sollen also ihre Altersvorsorge weitgehend privat finanzieren, denn selbst jene, die ein späteres Renteneintrittsalter fordern, würden kaum 55- oder gar 65jährige einstellen. Von Ludwig Erhardts Devise „Wohlstand für alle“, der damit die soziale Marktwirtschaft begründete, hat man sich verabschiedet.

Das es heute keine Arbeit mehr gibt, sondern nur noch „Jobs“, ist das nur eine Frage unsinniger Anglizismen, einer mutwilligen Verhöhnung der Sprache oder vielleicht sogar gewollte Politik? Klammheimlich scheint sich mit der Anbiederung an den amerikanischen Slang nämlich vor allem noch die entsprechende Mentalität hier breit zu machen – und das beschränkt sich nicht nur auf Fast-food-Essen, sondern entwickelt sich allmählich zu einem Fastfood-Denken.

Dass in der Europaverfassung, dem sogenannten Lissabon-Vertrag, der Polizei erlaubt wird, auf Demonstranten zu schießen, um die „öffentliche Ordnung wiederherzustellen“, hat also eine gewisse Logik. ■

Marco Meng war 1999 und 2000 Korrespondent des Wiener Börsenkuriers in Rußland (St. Petersburg). Neben journalistischen Arbeiten ist er auch literarisch tätig (Gedichte und Kurzgeschichten) und war u.a. 1999 für den Georg. K. Glaser- Literaturpreis nominiert. Matrix3000-Leser kennen bereits seine politischen und gesellschaftskritischen Texte, u.a. zur Mediendemokratie und zur politischen Situation in Rußland. Seine Prosa wurde von namhaften Autoren, u.a. Robert Schneider („Schlafes Bruder“) und Ernst Jünger positiv rezensiert. 2011 erschien von ihm der Kurzgeschichtenband „Herrliche Tage“



**Leider ist nur Steuerhinterziehung, nicht aber Steuerverschwendung strafbar.**



**BE-Fuelsaver** bioenergie-fuelsaver.com  
 Einsparungen von 8 bis 20 %  
 Treibstoff sparen  
 Umwelt schonen  
 für alle Benzin- Diesel- Gasmotoren sowie  
 Öl- Gas- und Pelletheizungen geeignet  
 90 TAGE GARANTIE  
 TÜV